



## Fünf Impulse zur Stärkung der Beruflichen Bildung

### Eine starke Wirtschaft braucht eine starke Aus- und Weiterbildung – Vorwort von DIHK-Hauptgeschäftsführerin Dr. Helena Melnikov

Die Welt verändert sich rasant. Technologische Sprünge, geopolitische Verschiebungen und der demografische Wandel fordern Wirtschaft und Gesellschaft zugleich. Deutschlands Antwort darauf kann nur eine starke, innovative Wirtschaft sein, getragen von einer ebenso starken beruflichen Aus- und Weiterbildung. Beides ist untrennbar miteinander verbunden: Ohne qualifizierte Fachkräfte keine Wettbewerbsfähigkeit, ohne wettbewerbsfähige Unternehmen keine Zukunft für Beschäftigung und Wohlstand.

Die Berufliche Bildung ist zentral für die Erneuerungsfähigkeit unseres Landes. Sie sichert Fachkräfte, ermöglicht Transformation und schafft Aufstiegschancen. Doch die Rahmenbedingungen geraten zunehmend unter Druck. Die Zielgruppen werden heterogener, grundlegende Kompetenzen bei Schulabgängerinnen und Schulabgängern nehmen ab, Bildungsbrüche häufen sich. Für viele Betriebe bedeutet das wachsende Zusatzaufgaben und immer häufiger stoßen sie dabei an Grenzen.

Die Unternehmen übernehmen Verantwortung. Sie bilden aus, investieren in Qualifizierung und engagieren sich für den beruflichen Nachwuchs, auch unter schwierigen

wirtschaftlichen Bedingungen. Dieses Engagement ist ein zentraler Pfeiler unseres Wirtschafts- und Sozialsystems. Umso wichtiger ist es, dass die berufliche Aus- und Weiterbildung in der wirtschaftspolitischen Debatte den Stellenwert erhält, den sie verdient. Denn Investitionen in Qualifizierung sind die Grundlage für Innovation, Produktivität und nachhaltiges Wachstum.

Die IHK Organisation engagiert sich entlang des gesamten Bildungswegs – von Berufsorientierung über Prüfung und Qualifizierung bis zur Gewinnung von Fachkräften im In- und Ausland. Die fünf Impulse unseres Papiers setzen dort an, wo Betriebe heute konkret an Hürden stoßen. Sie verbinden betriebliche Realität mit klaren politischen Handlungserfordernissen.

Wir laden die Bundesregierung ein, diese Impulse aufzugreifen und gemeinsam mit den Ländern in wirksame Rahmenbedingungen zu übersetzen. Als DIHK stehen wir dafür im engen Dialog und mit tatkräftiger Unterstützung bereit. Entscheidend ist jetzt, der beruflichen Aus- und Weiterbildung die Priorität einzuräumen, die der Wirtschaftsstandort Deutschland dringend braucht.



**Dr. Helena Melnikov,**  
DIHK-Hauptgeschäftsführerin



## Fünf Impulse zur Stärkung der Beruflichen Bildung

Der Wirtschaftsstandort Deutschland steht unter Druck wie selten zuvor in der Nachkriegsgeschichte. Gleichzeitig eröffnen technologische Entwicklungen, etwa in den Bereichen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz, neue Chancen für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Damit diese Potenziale gehoben werden können, braucht es vor allem eines: gut qualifizierte Fachkräfte.

Das duale System setzt in der Qualifizierung durch seine enge Verzahnung mit der betrieblichen Praxis schon heute internationale Maßstäbe. Damit das so bleibt, gilt es, auf neue Herausforderungen zu reagieren: Immer mehr Betriebe finden keine Auszubildenden, während zugleich die Zahl junger Menschen ohne Berufsabschluss steigt.

Mit bürokratischen und wirkungslosen Instrumenten wie Ausbildungsabgaben werden Unternehmen zusätzlich belastet. Stattdessen braucht Deutschland mutige Innovationen und Reformen. Notwendig sind vor allem: eine konsequente und talentorientierte Berufsorientierung, die kontinuierliche Weiterentwicklung der Attraktivität sowie ein Ausbau der Flexibilität des Systems bei gleichzeitigem Abbau der Bürokratie.

Die IHK-Organisation zeigt mit fünf Impulsen für die Berufliche Bildung klare Wege auf und liefert konkrete Handlungsfelder und Empfehlungen, wie die Berufliche Bildung weiterentwickelt und als Erfolgsmodell erhalten werden kann.

### 1) Kompetenzen beim Ausbildungsstart stärken

#### Herausforderung

DIHK-Umfragen zeigen: Ausbildungsbetrieben fehlen geeignete Bewerberinnen und Bewerber. Unklare Berufsvorstellungen und unzureichende Vorbereitung der Schulabsolventinnen und -absolventen auf die Ausbildungsanforderungen sind für Betriebe die größten Hemmnisse bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen. Wichtige Grundkompetenzen fehlen – nicht nur im Basiswissen, sondern auch im Arbeits- und Sozialverhalten. Das erschwert den Ausbildungsstart und erhöht das Risiko von Ausbildungsabbrüchen.

#### Ziel

Alle jungen Menschen verfügen zum Ausbildungsbeginn über die grundlegenden Kompetenzen. Sie kennen ihre

Stärken und Talente und können dazu passende Ausbildungsberufe wählen. Der Anteil der Schulabgängerinnen und -abgänger eines Jahrgangs, die direkt in eine duale Ausbildung einmünden, wird spürbar gesteigert.

#### Handlungsempfehlungen

##### Talentorientierte Berufsorientierung systematisch stärken

- Bund, Länder und Bundesagentur für Arbeit (BA) stimmen ihre Angebote für Berufsorientierung und Programme im Rahmen der Initiative Bildungsketten aufeinander ab. Bund und Länder legen ein bundesweites Rahmenkonzept vor, das verbindliche Mindeststandards für Potenzialanalysen, die Vor- und Nachbereitung von Praktika sowie die Verzahnung dieser Elemente mit der Berufsberatung festlegt. Dabei wird ein integrierter Ansatz verfolgt, der akademische und Berufliche Bildung als gleichwertige Alternativen darstellt. Dazu gehört eine frühzeitige Information über die Perspektiven und Möglichkeiten der Höheren Berufsbildung wie den Bachelor und Master Professional sowie Informationen zum Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR), damit Jugendliche Bildungswege systematisch einordnen und vergleichen können.
- Alle allgemeinbildenden Schulen gehen verstärkt Kooperationen mit Unternehmen oder berufsbildenden Schulen ein. Schwerpunkt müssen regelmäßige Praxiselemente anstelle von Einmalbesuchen werden. An möglichen Formaten stehen beispielsweise Berufsexperten wie Ausbildungsbotschafter im Unterricht und langfristige Bildungspartnerschaften zur Verfügung.

##### Ausbildungsreife neu definieren

- Die Allianz für Aus- und Weiterbildung entwickelt einen verbindlichen, bundesweiten Kompetenzkatalog, der die Mindestanforderungen zum Beginn einer Ausbildung klar definiert. Mit Blick auf die Anschlussfähigkeit vermitteln insbesondere die Schulen diese Kompetenzen kontinuierlich. Defizite werden vor dem Schulabgang frühzeitig erkannt und behoben.

##### Datenbasierte Analyse der Bildungswege umsetzen und Datenaustausch ermöglichen

- Die Bundesregierung schafft die rechtlichen Rahmenbedingungen für einen datenschutzkonformen Austausch relevanter Bildungsdaten zwischen Kitas,



Schulen, Jugendberufsagenturen, der BA und weiteren öffentlich-rechtlichen Einrichtungen.

- Die BA stellt in Abstimmung mit den Jugendberufsagenturen Mindeststandards moderner Orientierungs- und Beratungsangebote ebenso sicher wie eine datenbasierte Verbleibsanalyse von Schulabgängerinnen und -abgängern. Fast 3 Millionen junge Erwachsene in Deutschland verfügen über keinen anerkannten Berufsabschluss und bleiben bislang für gezielte Unterstützungsangebote schwer erreichbar. Belastbare Informationen über diese Zielgruppe sind Voraussetzung dafür, passgenaue Angebote zu entwickeln und wirksam bereitzustellen.
- Die Bundesregierung setzt die im Koalitionsvertrag vereinbarte Schüler-ID und das Bildungsverlaufsregister zur datenbasierten Analyse der Bildungswege in allen Bildungsbereichen und Teilen der Bildungskette zeitnah um. Voraussetzung dafür ist die Schaffung der rechtlichen Grundlagen, um insbesondere bestehende Personenkennzeichen nutzen zu können (Bürger-ID, Steuer-ID).

## 2) Start in die Ausbildung erleichtern

### Herausforderung

Die duale Ausbildung verliert zunehmend an Attraktivität, weil zentrale Startbedingungen nicht passen: Fehlende Deutsch- und Fachsprachkenntnisse erschweren vielen zugewanderten Jugendlichen den Einstieg, in Ballungsräumen scheidet Ausbildung oft am fehlenden Wohnraum. Der Rückgang der Auszubildendenzahlen hat zur Folge, dass Berufsschulstandorte zusammengelegt werden und viele Auszubildende lange Wege auf sich nehmen müssen. Die Gewinnung internationaler Auszubildender bleibt aufgrund von Bürokratie und fehlender Unterstützung unnötig schwierig – vor allem für kleine und mittelständische Betriebe.

### Ziel

Alle jungen Menschen können unabhängig von Herkunft, Wohnort und finanziellen Bedingungen verlässlich in eine Ausbildung starten. Es gibt ausreichend Sprachförderung, bezahlbaren Wohnraum und bedarfsgerechte Wohnheimplätze, ausbildungsortnahe und erreichbare Berufsschulen, flankiert von digitalen und hybriden Lernangeboten, sowie einfache und transparente Verfahren für die Gewinnung internationaler Auszubildender.

### Handlungsempfehlungen

#### Ausbildungswohnen ausbauen

- Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau von Ausbildungswohnen ein, etwa durch stärkere Förderung betrieblicher Wohnprojekte und die langfristige Sicherung des Bundesprogramms „Junges Wohnen“. Studierendenwohnheime werden für Auszubildende geöffnet.

#### Mobilität erleichtern

- Die Bundesregierung setzt sich für Härtefallregelungen bei der Berufsschulwahl ein. Ist die Entfernung zur Berufsschule im eigenen Bundesland unzumutbar, dürfen Auszubildende auf eine erheblich nähergelegene Berufsschule in einem benachbarten Bundesland gehen. Bundesweit wird ein vergünstigtes Azubi-Deutschlandticket eingeführt.

#### Sprachförderung stärken

- Die Jugendintegrationskurse des BAMF werden nicht reduziert, sondern ausgebaut, um Sprachförderung und Berufsorientierung zu verbinden. Berufsschulen prüfen systematisch den Sprachförderbedarf und bieten differenzierte Fachsprachprogramme an. Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit den Ländern dafür ein, dass moderne Übersetzungs- und Unterstützungstools für Auszubildende konsequent eingesetzt werden. Schriftliche Materialien und Aufgaben lassen sich zukünftig mithilfe von KI mehrsprachig und in einfacher Sprache an individuelle Sprach- und Lernniveaus anpassen. Öffentliche Verwaltungen schaffen mehrsprachige Informationsangebote und bauen mehrsprachige Kompetenzen im Personal und durch KI-Tools auf.

#### Ausbildungszugang für Zugewanderte erleichtern

- Die Bundesregierung vereinfacht den Zugang zur Ausbildung für qualifizierte Zugewanderte. Dazu gehören die Öffnung der Einstiegsqualifizierung für ausländische Bewerberinnen und Bewerber sowie rechtliche Anpassungen für eine bedarfsorientierte Zuwanderung in Ausbildung. Verbindliche Qualitätsstandards für Vermittlungsdienstleister schaffen Transparenz und Sicherheit, damit Betriebe verlässlich und qualitätsgesichert internationale Auszubildende gewinnen können. Aufenthaltsregelungen für Auszubildende und Studierende werden bundesweit vereinfacht, um gut ausgebildete Fachkräfte im Land zu halten.



- Die Bundesregierung baut die bürokratischen Hürden für den Übergang von ausländischen Auszubildenden in eine anschließende qualifizierte Beschäftigung ab. Rechtliche Vorgaben werden so angepasst, dass eine reibungslose Übernahme durch Ausbildungsbetriebe ermöglicht wird.

### **Neue Anreize für leistungsstarke Auszubildende schaffen**

- Die Bundesregierung macht die duale Ausbildung für leistungsstarke Jugendliche noch attraktiver und verbessert den Zugang zu internationalen Austauschprogrammen. Aufenthalts- und Förderverfahren werden so angepasst, dass leistungsstarke Auszubildende ihre Ausbildung schneller absolvieren und ergänzende Praxisphasen in europäischen und außereuropäischen Betrieben unbürokratisch nutzen können.

## **3) Zukunftsfähigkeit der Ausbildung sichern**

### **Herausforderung**

Digitalisierung und KI verändern Arbeitsprozesse und Tätigkeitsprofile rasant, doch insbesondere der demografische Wandel führt zu Engpässen. Berufsschulen und Betriebe kämpfen zugleich mit Lehrkräftemangel, knappen Ressourcen, unzureichender technischer Infrastruktur und stark heterogenen Leistungsniveaus von Auszubildenden.

### **Ziel**

Die duale Ausbildung wird modern, flexibel und anschlussfähig weiterentwickelt. Betriebe und Schulen kooperieren eng digital, praxisnah und auf Augenhöhe. Es gibt eine ausreichende Zahl an qualifizierten Lehrkräften, die Auszubildende auf die Tätigkeitsprofile der Arbeitswelt von morgen vorbereiten, und Lernorte, die die Freude am Lernen fördern.

### **Handlungsempfehlungen**

#### **Digitale Infrastruktur stärken**

- Bund und Länder stellen allen Berufsschulen ausreichende Mittel für eine zeitgemäße technische Infrastruktur zur Verfügung. Dazu zählt eine leistungsfähige und stabile Breitband-Internetverbindung ebenso wie branchenübliche und -übergreifende Software, berufstypische technische Endgeräte sowie geschultes Personal für diese Infrastruktur.

#### **Lehrkräfte fit für Digitalisierung und KI machen**

- Bund und Länder stellen Mittel dafür bereit, um Lehrkräfte aus- und weiterzubilden, besonders in den Bereichen Digitalisierung und Künstliche Intelligenz (KI). Berufsschullehrkräfte werden befähigt, den Unterricht mithilfe moderner Tools effizienter vor- und nachzubereiten, KI-gestützt an individuelle Lernniveaus anzupassen und digitale didaktische Konzepte zu entwickeln.

#### **In Lernorte von morgen investieren**

- Bund und Länder stellen sicher, dass Berufsschulen über moderne Lernorte verfügen, die innovative Unterrichtsformen, individualisiertes Lernen und eine stärkere Anwendungsorientierung ermöglichen. Dafür werden Räume, Ausstattung und digitale Infrastruktur konsequent weiterentwickelt. Um Berufsschulstandorte – insbesondere im ländlichen Raum – zu erhalten, werden digitale und berufsschulübergreifende Formen der Wissensvermittlung ausgebaut, auch kommunal- und länderübergreifend.

#### **Rechtssichere hybride Ausbildung ermöglichen**

- Gemeinsam schaffen Bund und Länder einen Rechtsrahmen, der allen Berufsschulen bundesweit ein Blended Learning und hybride Unterrichtsformen ermöglicht. Sowohl Berufsschulen als auch Betriebe können zukünftig flexibel und freiwillig wählen, welche Teile der Ausbildung in Präsenz, online oder in einer Mischung stattfinden. Berufsspezifische Sprachkurse werden bundesweit verfügbar, hybrid ausgestaltet und mit E-Learning ergänzt. Zur Unterstützung einer intensiven und strukturierten Lernortkooperation streben Bund und Länder bei der Einführung digitaler Lernplattformen eine bundesweite Interoperabilität technischer Standards an.

#### **Ausbildungsberufe schneller modernisieren und flexibler gestalten**

- Der Prozess zur Modernisierung von Ausbildungsberufen wird zeitlich und strukturell flexibler gestaltet. Ausbildungsordnungen werden mindestens alle fünf Jahre auf ihre Aktualität und betriebliche Relevanz überprüft und gegebenenfalls innerhalb von zwölf Monaten an veränderte wirtschaftliche Bedarfe angepasst.
- In diesem Rahmen werden Prüfungen stärker digitalisiert und standardisiert, sodass der Aufwand für das Prüfungsehrenamt insgesamt spürbar sinkt.



### Berufe reduzieren – Ausbildung vor Ort erhalten

- Die Bundesregierung setzt sich in Abstimmung mit den Wirtschafts- und Sozialpartnern dafür ein, ähnliche Berufe gemeinsam in einer Fachklasse zu unterrichten und die Zahl der Ausbildungsberufe zu verringern. So können u. a. Berufswahlentscheidungen besser getroffen, Ressourcen effizienter eingesetzt und Berufsschulstandorte gestärkt werden.
- Modulare Strukturen von Berufen werden mit Blick auf die Ausbildungsdauer, Qualifizierungsstufen und Anforderungsniveaus weiterentwickelt. Flexible Wahl- und Wechselmöglichkeiten auf dem Weg zum beruflichen Abschluss werden gezielt entwickelt und umgesetzt. Referenzpunkte bleiben dabei die berufliche Handlungskompetenz und die etablierten Ausbildungsberufe.

### KI-Einsatz in Betrieben erleichtern

- Die Bundesregierung wirkt darauf ein, dass kleine und mittelständische Ausbildungsunternehmen ausreichende Unterstützung bei der Nutzung und Anpassung von in der EU trainierten KI-Sprachmodellen erhalten. Zur sicheren Entwicklung und Testung KI-gestützter Innovationen in der Beruflichen Bildung ermöglicht sie einen einfachen Zugang zu regulatorischen KI-Testumgebungen gemäß EU AI Act (sog. „KI-Reallabore“).
- Die Bundesregierung unterstützt die Wirtschafts- und Sozialpartner dabei, benötigte Digitalisierungs- und KI-Kompetenz als Querschnittsthema in Lehrpläne von Ausbildungsberufen zu integrieren.

## 4) Alternative Wege zum Berufsabschluss ausbauen

### Herausforderung

Menschen, die einen Berufsabschluss anstreben, unterscheiden sich stark in Alter, Herkunft und Vorbildung. Das erfordert flexible und passgenaue Qualifizierungswege.

### Ziel

Berufserfahrene und Menschen mit unterschiedlichen Lebenssituationen sollen schnell und effizient zu einem vollwertigen Berufsabschluss kommen. Alternative Wege zur Fachkräftesicherung sind für Unternehmen unbürokratisch möglich.

### Handlungsempfehlung

#### Berufsvalidierung vereinfachen

- Die Bundesregierung entbürokratisiert und vereinfacht das Berufsvalidierungsverfahren, damit mehr Betriebe und Fachkräfte dieses Angebot nutzen.
- Die vorhandenen individuellen Förderinstrumente von BA und Jobcenter können auch für das berufliche Feststellungsverfahren genutzt werden. Der angestrebte Validierungszuschuss ergänzt dieses Angebot.

#### Teilqualifikationen standardisieren und praxisnah gestalten

- Die Angebote für Teilqualifikationen (TQ) werden bundesweit standardisiert und unter bestimmten Voraussetzungen auch für Menschen unter 25 Jahren geöffnet. Die BA fördert nur Maßnahmen, die auf standardisierte und vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) geprüfte TQ-Berufssets aufbauen. Zudem vereinfacht sie den Förderprozess für Unternehmen bei der Beschäftigtenqualifizierung durch Teilqualifikation erheblich.
- Ressortübergreifend werden die Chancen von Teilqualifikationen über die Gruppe der geringqualifizierten Erwachsenen hinaus für verschiedene Zielgruppen ausgelotet und deren Anwendung gemeinsam vorangebracht. Dazu zählen z. B. die verschiedenen Optionen im Rahmen der Fachkräfteeinwanderung oder auch die zivile berufliche Qualifizierung in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr.

## 5) Gleichwertigkeit der Höheren Berufsbildung stärken und sichtbar machen

### Herausforderung

Die Höhere Berufsbildung eröffnet exzellente Karrierewege – ist aber weniger bekannt als akademische Studiengänge. Komplexe Verfahren bremsen die zügige Einführung von „Bachelor Professional“ und „Master Professional“. Rechtliche Grundlagen für den Deutschen Qualifikationsrahmen (DQR) als ein einheitliches Transparenzinstrument zur Dokumentation der Gleichwertigkeit und zur Erhöhung der bildungsbereichsübergreifenden Mobilität fehlen. Im öffentlichen Dienst orientieren sich Laufbahnen weiterhin fast ausschließlich am Hochschulabschluss.



### Ziel

Die Höhere Berufsbildung wird bundesweit sichtbar, anerkannt und in allen Bereichen – inklusive öffentlichem Dienst – gleichwertig zu akademischen Abschlüssen behandelt. Verfahren zur Einführung neuer Abschlussbezeichnungen sind klar, schnell und verlässlich. Ein rechtlich verankerter Deutscher Qualifikationsrahmen schafft Orientierung und stärkt die Berufliche Fortbildung als zentrale Säule der Fachkräftesicherung.

### Handlungsempfehlungen

#### Sichtbarkeit und Wahrnehmung erhöhen

- Die Politik stärkt die Kommunikations- und Marketingaktivitäten zur Höheren Berufsbildung, z. B. im Rahmen gemeinsamer Kampagnen mit den Kammern sowie über eine permanente Weiterentwicklung des Aufstiegs-BAföG.

#### Abschlussbezeichnungen konsequent und schnell einführen

- Abschlussbezeichnungen „Bachelor Professional“ und „Master Professional“ werden für alle entsprechenden IHK-geprüften Fortbildungsabschlüsse umgesetzt.

#### Öffnung des Öffentlichen Dienstes

- Der Öffentliche Dienst öffnet alle Laufbahngruppen für Absolventinnen und Absolventen der Höheren Berufsbildung, um die politisch vereinbarte Gleichwertigkeit praktisch umzusetzen.

#### DQR rechtlich absichern und ausweiten

- Der DQR erhält eine rechtliche Grundlage, die bestehende Einordnungen absichert und langfristige Planungssicherheit schafft. Zur Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen beruflichen und akademischen Bildungswegen wird ein bundesweit einheitliches Anerkennungssystem von Kompetenzen eingeführt.

#### Weiterbildung systematisch fördern

- Förderinstrumente der Länder müssen die Höhere Berufsbildung branchenübergreifend und bundesweit gleichwertig unterstützen.

### Kontakt DIHK

#### Jan Schafft

Referatsleiter für Innovationen in der Beruflichen Bildung  
Bereich Ausbildung

#### Jan Kuper

Leiter des Referats Neue Entwicklungen in der beruflichen Weiterbildung  
Bereich Weiterbildung

### Beschlussgrundlage

Einstimmiger Beschluss des DIHK-Arbeitskreises  
Federführer Bildung



**Vielfältige und flexible Wege in den Beruf sind der Schlüssel zur Fachkräftesicherung**  
**Die IHK-Organisation gestaltet und entwickelt diese Zugänge kontinuierlich weiter.**

Eine duale Berufsausbildung ermöglicht einen guten Einstieg in eine qualifizierte Beschäftigung – viele Wege auch jenseits der klassischen Erstausbildung führen dorthin.

Ein duales Studium kombiniert eine berufliche, praxisnahe Ausbildung mit einem Studiengang an einer Hochschule.

Gezielte Nachqualifizierung eröffnet Chancen, sich schrittweise zu qualifizieren oder vorhandene Handlungskompetenz im Beruf nachzuweisen.

Mit einer Ausbildung und Praxiserfahrung gibt es weitere Qualifizierungsmöglichkeiten – Höhere Berufsbildung oder Studium.

